

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Poststation entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Halbjahr 60 Pf. — Preis pro Jahr 120 Pf. — Preis pro Jahr 120 Pf. — Preis pro Jahr 120 Pf.

Regelnummer des Anzeigers für das Erzgebirge ist 10000. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Halbjahr 60 Pf. — Preis pro Jahr 120 Pf. — Preis pro Jahr 120 Pf. — Preis pro Jahr 120 Pf.

Ergebnisse: Tagesblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 277

Sonnabend, den 26. November 1932

27. Jahrgang

# Hindenburg gegen Parteidiktatur

Hitlers Vorschlag abgelehnt — Hindenburg duldet keine Parteiherrschaft — Letzter Versuch einer parlamentarischen Mehrheitsbildung durch den Zentrumsführer Haas

## Die Antwort Hindenburgs an Hitler

Umtlich wird mitgeteilt:

Berlin, 24. Nov. In seinem Schreiben vom 23. November hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag zur Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Herr Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung zu betrauen und dieser die Präsidialvollmacht zur Verfügung stellen solle.

Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaube, es vor dem deutschen Volke nicht verantworten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben und da er befürchten müsse, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen zu einer außerordentlichen Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könne. Die Einzelheiten der Verhandlungen der letzten Tage ergeben sich aus dem Schriftwechsel der im Wortlaut im Laufe des heutigen Tage veröffentlicht wird.

(Bereits durch Extrablatt bekanntgegeben.)

## Der Briefwechsel

zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler

### Eine amtliche Veröffentlichung

Berlin, 24. Nov. In der Unterredung, die am Sonnabend, dem 19. November, zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Adolf Hitler stattfand, erklärte Herr Hitler, daß er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen würde, an dessen Spitze er selbst stände. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß er in Besprechungen mit den Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werde. Vorher fühlte sich der Herr Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen. Bei seiner zweiten Besprechung am Montag dem 21. November, vormittags, übergab der Herr Reichspräsident dem Herrn Adolf Hitler die folgende formuliert Erklärung:

„Sie wissen, daß ich den Gedanken eines Präsidialkabinetts vertritt. Ich verweise unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Manne geführt wird, und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen können, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb erlaube ich Sie, als den Führer der stärksten Partei, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden. — Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstagabend.“

Auf Anfrage von Herrn Hitler stellte der Herr Reichspräsident folgende Voraussetzungen fest für eine Regierungs- und Mehrheitsbildung, die er Herrn Hitler schriftlich formuliert übergab:

1. Sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms — keine Wiederkehr des Dualismus Reich und Preußen — keine Einschränkung des Artikels 48.

2. Persönlich: behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor; die Besetzung des auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrechtlicher Vertreter des Reiches und Oberbefehlshaber des Reichsheeres Sache meiner persönlichen Entscheidung.

Herr Hitler nahm diese beiden Schriftstücke entgegen mit der Erklärung, seine Antwort dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich übermitteln zu wollen.

### Hitlers Rückfragen

In einem Schreiben an Staatssekretär Dr. Meißner vom gleichen Tage stellte Herr Hitler einige Rückfragen. Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

Berlin, 21. Nov. 1932.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Erfüllt von der großen Verantwortung in dieser schweren Zeit habe ich eine gründliche Durchsicht des mir heute vom Herrn Reichspräsidenten zugestellten Auftrages vorgenommen. Nach eingehenden Aussprachen mit führenden Männern meiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens bin ich dabei zunächst zu folgendem Ergebnis gekommen: Ein Vergleich der beiden Schriftstücke des mir gewordenen Auftrages einerseits und der vorausgesetzten Bedingungen andererseits ergibt in einer Reihe von Punkten einen mir unlösbar erscheinenden Widerspruch. Ehe ich dazu Stellung nehme und davon meine endgültige Entscheidung abhängig mache, darf ich Sie, Herr Staatssekretär, bitten, die Ansicht des Herrn Reichspräsidenten festzustellen und mir mitzuteilen, welche Regierungsform der Herr Reichspräsident wünscht und in diesem Falle im Auge hat. Schwebt ihm ein Präsidialkabinett vor unter Sicherstellung der verfassungsmäßig nötigen parlamentarischen Tolerierung, oder will Seine Erliegen ein parlamentarisches Kabinett mit Vorbehalten und Einschränkungen der mir bekanntgegebenen Art, die ihrem ganzen Wesen nach nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit versprochen werden können? Sie werden, Herr Staatssekretär, bei einem kritischen Vergleich der beiden Dokumente unter Berücksichtigung der verfassungsmäßigen Voraussetzungen, der verfassungsmäßigen Stellung und damit Verantwortung einer parlamentarischen Regierung die Wichtigkeit dieser grundsätzlichen Klärung von selbst erkennen. Hinzufügen möchte ich noch, daß Herr Reichsminister Brüning einer der parteipolitischen Führer des Zentrums war und geblieben ist und dennoch in seinem zweiten Kabinett Präsidialkanzler wurde. Ich selbst habe mich nicht als „Parteiführer“ gefühlt, sondern einfach als Deutscher, und nur um Deutschland vom Druck des Marxismus zu erlösen, gründete und organisierte ich eine Bewegung, die weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus lebt und wirksam wird. Daß wir in die Parlamente gingen, hat seinen Grund nur in der Verfassung, die uns zwang, diesen legalen Weg zu beschreiten. Ich selbst aber habe mich bemüht von jeder parlamentarischen Tätigkeit ferngehalten. Der Unterschied zwischen meiner und der Auffassung des Kabinetts Papen über die Möglichkeit einer autoritären Staatsführung liegt nur darin, daß ich gerade bei dieser Voraussetzung, daß sie eine Verantwortung im Volke besitzt; dies im Interesse der deutschen Nation gesetzmäßig herbeiführen, ist

mein sehnlicher Wunsch und mein vornehmstes Ziel. Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung Ihr sehr ergebener  
Herr Adolf Hitler.

## Die Beantwortung der Rückfragen Hitlers

Staatssekretär Dr. Meißner beantwortete am Dienstag, dem 22. November, die Fragen des Führers der NSDAP., Adolf Hitler. In dem Schreiben heißt es u. a.:

22. November 1932.

Sehr verehrter Herr Hitler!

Auf Ihr gestriges Schreiben öchere ich mich im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern: Der Herr Reichspräsident sieht den Unterschied zwischen einem Präsidialkabinett und einer parlamentarischen Regierung in folgenden Merkmalen:

1. Das Präsidialkabinett — aus der Not der Zeit und dem Verlangen des Parlaments geboren — wird in der Regel die notwendigen Reaktionsmaßnahmen ohne vorherige Zustimmung des Parlaments auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft treten lassen. Es besitzt keine Nachvollkommenheiten also in erster Linie vom Reichspräsidenten und braucht die Parlamente im allgemeinen nur zum Sanktionieren oder Tolerieren dieser Maßnahmen. Daraus ergibt sich, daß der Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten sein kann.

2. Das Präsidialkabinett muß überparteilich geführt und zusammengelegt sein und ein vom Reichspräsidenten gutgeheißenes, überparteiliches Programm verfolgen. Eine parlamentarische Regierung wird in der Regel von dem Führer einer der für eine Regierungs- oder Koalitionsbildung in Frage kommenden Parteien und aus Mitgliedern dieser Parteien gebildet und vertritt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur mittelbarem Einfluß hat. Hiernach kann ein Parteiführer, noch dazu der Führer einer die Ausschließlichkeit seiner Bewegung fordernden Partei, nicht Führer eines Präsidialkabinetts sein.

3. Reichsminister Brüning hat bei seiner ersten Berufung ein ausserparlamentarisches, auf die Parteien gestütztes Kabinett gebildet, das sich erst allmählich zu einer Art Präsidialkabinett gewandelt hat, als der Reichstag bei der Besetzung versagte und Herr Brüning sich das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten in weitestem Maße erworben hat. Auf welchem Wege könnte naturgemäß auch eine von Ihnen geführte parlamentarische Regierung im Laufe der Zeit sich zum Präsidialkabinett ändern.

4. Das Kabinett Papen war ein reines Präsidialkabinett, das nur zurückerufen ist, weil es eine Mehrheit im Parlament zur Bestätigung oder zur Durchführung seiner Maßnahmen nicht fand. Ein neues Präsidialkabinett wäre also nur dann eine Verbesserung, wenn es diesen Mangel beseitigen könnte und gleichzeitig die Eigenschaften des Kabinetts Papen beibehalte. Nach diesen Ausführungen kann es sich bei dem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten an Sie, sehr verehrter Herr Hitler, nur um die Bildung eines parlamentarischen Mehrheitskabinetts handeln. Der Herr Reichspräsident hat sich zu diesem Versuch entschlossen, nachdem eine Besprechung mit den Parteiführern die Möglichkeit der Bildung einer Mehrheit im Reichstag für ein von Ihnen geführtes Kabinett ergeben und Sie selbst in der Besprechung am 19. November die Schaffung einer Mehrheit für eine von Ihnen gebildete Regierung und für ein dieser zu erteilendes Ermächtigungsgesetz des Reichstages für ausdrücklich gehalten haben. Die von dem Herrn Reichspräsidenten Ihnen auf Ihre Frage mitgeteilten „Voraussetzungen“ für eine solche Regierungsbildung stehen mit einer parlamentarischen Bildung nicht in Widerspruch. Der Herr Reichspräsident hat in Bestätigung der von seinem Amtsvorgänger wie auch von ihm stets ausgesprochenen Staatspraxis bisher jedem Kabinett gewisse grundsätzliche Forderungen aufgestellt: im übrigen haben auch die Besprechungen des Herrn